



Grundlagen bilden / Tvoríme základy

Mandantenbrief/Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe/vydanie: September/september 2015 - www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Neue Verfahrensvorschriften und Novelle des Konkursgesetzes

Steuern aktuell

- > Steuerordnung – Novellenentwurf

Wirtschaft aktuell

- > Änderungen im Rechnungslegungsgesetz

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Nové procesné predpisy a Novela zákona o konkurze

Dane

- > Daňový poriadok – návrh novely

Ekonomika

- > Zmeny v Zákone o účtovníctve

Gesetz über Konkurs und Umstrukturierung

Die Novelle regelt neu, dass für den Fall der **Verletzung der Pflicht, den Konkursantrag rechtzeitig zu stellen**, zwischen der Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Aktiengesellschaft und der Person, die verpflichtet ist, den Antrag auf Konkurserklärung in ihrem Namen zu stellen, eine Vertragsstrafe, die der Hälfte des Mindestwertes des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft (**EUR 12 500**) entspricht, vereinbart wird. Die Entstehung dieses Anspruchs wird durch die Tatsache, dass der Schuldner der Rechtsnachfolger einer Gesellschaft ist, die ohne Liquidation aufgelöst wurde, nicht verhindert. Eine Vereinbarung zwischen der Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder der Aktiengesellschaft und der Person, die verpflichtet ist, den Antrag auf Konkurserklärung in ihrem Namen zu stellen, die die Entstehung des Anspruchs auf die Vertragsstrafe einschränkt oder ausschließt, ist verboten; weder der Gesellschaftsvertrag noch die Satzung kann die Entstehung des Anspruchs auf die Bezahlung einschränken oder ausschließen. Die Gesellschaft kann weder auf den Anspruch auf Bezahlung der Vertragsstrafe verzichten, noch eine Schlichtungsvereinbarung bezüglich dieses Anspruchs schließen; eine Verrechnung oder eine andere Art des Ausgleichs ist nicht zugelassen. Die Entstehung des Anspruchs auf eine Vertragsstrafe betrifft nicht die Berechtigung, einen die Vertragsstrafe übersteigenden Schadenersatz zu fordern. An dieser Stelle ist anzumerken, dass auch strafrechtliche Folgen nicht ausgeschlossen sind, auch wenn es unterschiedliche rechtliche Ansichten über die Auslegung der einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzes gibt.

Die Novelle regelt auch die **Möglichkeit der Arbeitnehmer, einen Konkursantrag zu stellen**. Der Gesetzgeber hat diese Möglichkeit wahrscheinlich angesichts praktischer Erfahrungen aus der Vergangenheit angepasst. Mindestens fünf Arbeitnehmer können im Sinne der Novelle den Antrag auf Konkurserklärung über ihren Arbeitgeber stellen (dabei haben sie eine andere Stellung als übliche Gläubiger – vereinfachter Prozess).

Die Novelle regelt teilweise auch die strittige **Leasingproblematik**. Es erscheint als positiv (insbesondere für Leasinggesellschaften), dass die Novelle im Zusammenhang mit

Recht aktuell

> Neue Verfahrensvorschriften und Novelle des Konkursgesetzes

Von Michal Kujan, Rödl & Partner Bratislava

Wie wir Sie schon in der Juni-Ausgabe unseres Mandantenbriefes informiert haben, hat der Nationalrat der SR durch das Gesetz Nr. 87/2015 Ges. Slg. (Novelle) das Handelsgesetzbuch novelliert, wobei durch die Novelle auch einige weitere Gesetze (insbesondere das Konkursgesetz) geändert und ergänzt wurden. Einige Bestimmungen werden im Laufe des Jahres 2015, einige erst am 1.1.2016 wirksam.

dem Leasing wenigstens die Möglichkeit des Gläubigers festlegt, seine Rechte ähnlich wie eine gesicherte Forderung anzumelden. Die Novelle hat auch umfassendere Änderungen bezüglich der Umstrukturierung gebracht, mit der Absicht, den Gläubigern Schutz zu gewähren.

Zweck der Novelle als Ganzen war es, insbesondere die Verantwortlichkeit bei der unternehmerischen Tätigkeit zu erhöhen, wie auch einige Fragen im Zusammenhang mit dem Konkurs und der Umstrukturierung zu lösen. Die Absicht des Gesetzgebers (abgesehen von der Zweckmäßigkeit der Novelle im Zusammenhang mit der konkreten Sache) kann positiv bewertet werden, auch wenn hinzuzufügen ist, dass auch vor der Novelle die zuständigen Behörden andere gesetzliche Institute nutzen konnten. Die Zeit wird zeigen, wie sich die Novelle in der Praxis bewährt, und ob die zuständigen Behörden ihre Einstellung bei der Lösung des Bankrotts des Schuldners ändern werden.

Neue Verfahrensvorschriften

Die Rekodifizierung der Zivilprozessordnung gilt als einer der größten rechtlichen Projekte in der Geschichte der selbständigen Slowakischen Republik, wobei ihr Ziel die Erhöhung der Effektivität des Gerichtsverfahrens ist. Die Gesamtheit der rechtlichen Regelungen bildet Voraussetzungen für das Näherbringen der Gerechtigkeit an Bürger und einen effektiven Kampf gegen Verzögerungen. Die Betonung liegt auf der Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit und Effektivität des Gerichtsverfahrens, seiner Beschleunigung und Erhöhung der Qualität.

Neue Verfahrensvorschriften werden die Zivilprozessordnung aus dem Jahr 1963 ersetzen und aufheben. Diese wurde zwar während der fast fünfzig Jahre ihrer Wirksamkeit dutzende Male novelliert, dies hatte jedoch insgesamt keine grundsätzliche Auswirkung auf die Effektivität des Gerichtsverfahrens.

Die aktuelle Zivilprozessordnung wird durch **drei** neue Kodexe ersetzt, wobei weitere zusammenhängende Vorschriften novelliert werden.

Einer davon ist die Zivilstreitordnung, die zur Durchsetzung des Rechts in üblichen Streitigkeiten zwischen den Bürgern, Unternehmern und Firmen dienen wird. Ein wesentliches Merkmal wird die konsequente Einführung des Systems der sogenannten Konzentration. Der Richter wird in ihrem Sinne den Verfahrensbeteiligten die Pflicht auferlegen können, alle Beweise innerhalb einer bestimmten Frist vorzulegen, wobei weitere Beweise nicht berücksichtigt werden. Diese Maßnahme wird die Verfahrensbeteiligten zu einer möglichst aktiven Einstellung zu dem Streit zwingen und den Raum für Obstruktionen bedeutend reduzieren. Weitere Änderungen werden zum Beispiel Rechtsmittel und Elektronisierung der Zustellung von Schriftstücken betreffen.

Zur Qualitätserhöhung der Entscheidungstätigkeit der Gerichte werden auch neue Organisationsmaßnahmen (Spezialisierung von Richtern und Gerichten) und die vorläufige

Streitverhandlung (bevor das Gericht zu handeln beginnt, wird es den Beteiligten verdeutlichen, welche Behauptungen es für strittig hält und seine vorläufige Meinung zum Streit anführen) beitragen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Änderungen die erwarteten Positiva mit sich bringen und die Durchsetzung des Rechts in der Slowakei im Ganzen verbessern werden.

Kontakt für weitere Informationen



Michal Kujan

Rechtsanwalt (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner
Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: michal.kujan@roedl.sk

Steuern aktuell

> Steuerordnung – Novellene Entwurf

Von Peter Alföldi, Petra Levková,

Rödl & Partner Bratislava

In Zusammenhang mit der vorbereiteten Regierungsnovelle des Gesetzes Nr. 563/2009 Ges. Slg. über Steuerverwaltung (**Steuerordnung**), die momentan in den Ausschüssen des Nationalrats der SR erörtert wird, möchten wir Sie über die wichtigsten Änderungen bei der Verhängung von Sanktionen, die im Falle der Verabschiedung ab dem **1. Januar 2016** gelten sollten, informieren.

Möglichkeit der Einreichung einer nachträglichen Steuererklärung auch während der Steuerprüfung

Gegenwärtig ermöglicht die Steuerordnung nicht, eine nachträgliche Steuererklärung für den Zeitraum, für den die Steuerprüfung durchgeführt wird, einzureichen. Die Gesetzesnovelle lässt die Möglichkeit zu, **eine nachträgliche Steuererklärung innerhalb von 15 Tagen** nach der Abfassung des Protokolls über die Einleitung der Steuerprüfung oder nach der Zustellung der Mitteilung über die Steuerprüfung einzureichen. Das Ziel dieser Regelung ist es, die Steuersubjekte zu motivieren, auch nach der Einleitung der Steuerprüfung die Anpassung der Höhe ihrer Steuerpflicht selbst zu initiieren, da die Erhöhung der Steuer in einer nachträglichen Steuererklärung mit einer niedrigeren Strafe als die aufgrund der Prüfungsergebnisse nachveranlagte Steuer sanktioniert wird.

Die Höhe der Strafen für die nachveranlagte Steuer wird das zeitliche Kriterium berücksichtigen

Nach der Gesetzesnovelle sollte die derzeitige fixe Höhe der Strafen in Abhängigkeit von dem Zeitpunkt der Nachveranlagung der Steuer so abgestuft sein, dass im Falle einer später veranlagten Steuer eine höhere Sanktion verhängt wird.

Die in der Steuerordnung angeführten aktuellen Regeln für die Verhängung von Strafen sind in Höhe des **festen Betrags** des 3-fachen (mindestens 10 %) bzw. 1,5-fachen (mindestens 5 %) des Basiszinssatzes der Europäischen Zentralbank (EZB) in Anknüpfung an die Tatsache festgelegt, ob die Steuer von dem Steuerverwalter aufgrund der Steuerprüfung oder aus dem Titel der Einreichung einer nachträglichen Steuererklärung auferlegt wurde.

Ab dem 1. Januar 2016 sollten die Strafen geändert werden und durch ein Zeitelement – Feststellung des Strafsatzes in Form **per annum** ergänzt werden:

- > Bei der Einreichung einer **nachträglichen Steuererklärung**, in der die Steuersubjekte einen höheren Steuerbetrag bekennen, wird vorgeschlagen, eine Strafe in Höhe des Basiszinssatzes der EZB (**mindestens 3 % jährlich**) aufzuerlegen. Die angeführte Strafe wird auferlegt, falls die nachträgliche Steuererklärung **bis zur Zustellung der Mitteilung** über die Einleitung der Steuerprüfung eingereicht wurde.
- > bei der Einreichung einer **nachträglichen Steuererklärung innerhalb von 15 Tagen nach der Zustellung** der angeführten **Mitteilung** über die Einleitung der Steuerprüfung wird vorgeschlagen, die Strafe in Höhe des Zweifachen des Basiszinssatzes der EZB (**jedoch mindestens 7 % jährlich**) zu berechnen.
- > Falls der Steuerverwalter die Steuer aufgrund der Ergebnisse **der Steuerprüfung** veranlagt, wird die Strafe aus dem 3-fachen des Basiszinssatzes der EZB (**mindestens 10 % jährlich**) berechnet.

Die Strafe berechnet man für jeden Tag ab dem Tag, folgend dem Tag des Ablaufens der Frist zur Einreichung der Steuererklärung oder dem Tag der Fälligkeit der Steuer bis zum Tag der Einreichung einer nachträglichen Steuererklärung oder bis zum Ablaufen der 15-tägigen Frist zur Einreichung der nachträglichen Steuererklärung nach der Abfassung des Protokolls über die Einleitung der Steuerprüfung oder Zustellung der Mitteilung über die Steuerprüfung.

Die oben angeführten Strafen sollten höchstens bis zur Höhe der veranlagten Steuer verhängt werden.

Gesamtstrafe

Die vorgeschlagene Regelung führt in die Steuerordnung den sog. Absorptionsgrundsatz bei der Verhängung von Strafen ein, d.h. im Falle von mehr als einem Verwaltungs-

delikt wird nur eine Strafe verhängt. Die Anwendung ist durch die Tatsache bedingt, dass die Person mehrere Verwaltungsdelikte im Rahmen **eines Gesetzes** verübt hat, wobei **derselbe Steuerverwalter** (d.h. Finanzamt, Zollamt oder Gemeinde) für die Strafverhängung zuständig ist. Der Steuerverwalter ist somit berechtigt, eine Gesamtstrafe mit der höchsten Obergrenze des Strafsatzes zu verhängen und der Steuerverwalter wird zugleich eine Strafe mindestens in Höhe der höchsten Untergrenze des Strafsatzes verhängen.

Übergangsbestimmungen zu Änderungen im Bereich der Strafen

Falls es zur Einreichung einer nachträglichen Steuererklärung, zur Abfassung eines Protokolls über die Einleitung der Steuerprüfung oder zur Zustellung der Mitteilung über die Steuerprüfung bis zum 31. Dezember 2015 kommt, wird bei der Verhängung der Strafe gemäß dem Gesetz in der bis zum 31. Dezember 2015 gültigen Fassung vorgegangen.

Kontakt für weitere Informationen



Peter Alföldi
Steuerberater, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> Änderungen im Rechnungslegungsgesetz

Von **Ján Beleš**, Rödl & Partner Bratislava

Das Gesetz Nr. 130 vom 6. Mai 2015 ändert und ergänzt das Gesetz Nr. 431/2002 Ges. Slg. über Rechnungslegung in der Fassung späterer Vorschriften. Ein Teil der Bestimmungen dieses Gesetzes wurde am 1. Juli 2015 wirksam, einige Bestimmungen werden am 1. Januar 2016, bzw. 1. Januar 2017 wirksam. Das Ziel dieser Novelle ist die Erfüllung der Pflichten der SR, als eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, die Bestimmungen der Richtlinie Nr. 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen in unsere rechtliche Regelung der Rechnungslegung umzusetzen.

Änderungen, die ab 1. Juli 2015 in Kraft getreten sind:

1. Es kommt zur Präzisierung der Regeln für die Einteilung der Buchführungseinheiten in Größenklassen. Eine Buchführungseinheit, bei der es nicht möglich ist, die Erfüllung der Bedingungen für die Einteilung in die Größenklassen (Mikro-Buchführungseinheit, kleine Buchführungseinheit, große Buchführungseinheit) eindeutig zu identifizieren, wird als kleine Buchführungseinheit eingeteilt. Zugleich gilt, dass die Buchführungseinheit ihre Einteilung in die Größenklasse nach dem Eintritt in die Liquidation oder Konkurs nicht ändert.

Die neu entstandene Buchführungseinheit wird in eine Größenklasse aufgrund eigener Entscheidung eingeteilt und verbleibt in dieser Größenklasse auch während der unmittelbar folgenden Rechnungsperiode.

Ausführlichere Informationen bezüglich der Gliederung der Buchführungseinheiten nach Größenmerkmalen finden Sie in unserem Mandantenbrief für Juni (<http://www.roedl.com/sk/de/publikationen/mandantenbrief.html>).

2. Die gesetzliche Regelung hat die Regeln über den Buchungseintrag angepasst. Es wird festgehalten, dass **die Buchführungseinheit keine Buchungseinträge außerhalb der Rechnungsbücher vornehmen kann, keinen Buchungseintrag über einen Buchungsfall, der ihr nicht entstanden ist, vornehmen kann, zugleich kann sie eine Tatsache, die Gegenstand der Buchhaltung ist, nicht verheimlichen und nicht verbuchen.**

Sollte die Buchführungseinheit diese Bestimmung verletzen, verübt sie ein Verwaltungsdelikt, wofür ihr das Finanzamt im Falle der Feststellung eine Strafe bis zur Höhe von 3 000 000 Euro auferlegt. Die Strafobergrenze wird von der vorherigen 1 000 000 Euro erhöht.

3. Im Laufe des Jahres 2014 wurden die Muster der Jahresabschlüsse so geändert, dass alle Aufstellungen – Bestandteile des Jahresabschlusses ein Ganzes bilden und die Unterschriften dazu nicht separat beigefügt werden. Jeder aufgestellte Jahresabschluss ist von der im § 17 Abs. 2 Buchst. g) des Gesetzes bestimmten Person zu unterzeichnen. Das bedeutet, dass zu dem Abschluss ein Unterschriftsvermerk des Statutarorgans der Buchführungseinheit oder eines Mitglieds des Statutarorgans der Buchführungseinheit oder ein Unterschriftsvermerk einer natürlichen Person zugefügt wird. Der Bilanzstichtag wird von der Buchführungseinheit in ihren internen Vorschriften festgelegt. **Bis zum Bilanzstichtag werden alle Informationen bezüglich des Standes zum Bilanzstichtag berücksichtigt.**

Die Buchführungseinheit ist verpflichtet, den Jahresabschluss innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag, zu dem sie diesen erstellt, zu erstellen. Sondervorschriften,

z.B. das Einkommensteuergesetz, können auch eine frühere Erstellung des Jahresabschlusses fordern. Deshalb sollte der Bilanzstichtag in diesen Zusammenhängen bestimmt werden.

4. Die Novelle des Rechnungslegungsgesetzes hat **auch die Höhe der Strafe** für die Nichterstellung des Einzelabschlusses (ordentlichen, außerordentlichen und Zwischenabschlusses) und konsolidierten Abschlusses angepasst. **Die Obergrenze wurde von der bisherigen 1 000 000 Euro auf 3 000 000 Euro erhöht.** Die gleiche Strafobergrenze wird auch für das Verwaltungsdelikt des Nichtführens der Buchhaltung in der Zeit, in der die Buchführungseinheit zur Buchführung verpflichtet ist, mit Wirkung von 1. Juli 2015 geltend gemacht. Neue Verwaltungsdelikte und erhöhte Strafgebühren finden auf die nach dem 30.6.2015 eingeleiteten Verfahren Anwendung.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf die Gültigkeit der folgenden Pflichten aufmerksam machen:

Die Buchführungseinheit ist zur Buchführung und Erstellung des Jahresabschlusses in der Staatssprache verpflichtet. Der in einer anderen als der Staatssprache erstellte Buchungsbeleg muss die Bedingung der Verständlichkeit gemäß § 8 Abs. 5 erfüllen.

Die Buchhaltung wird im Einklang mit den Buchungsverfahren, die aufgrund von § 4 Abs. 2 durch das Finanzministerium der SR für einzelne Gruppen der Buchführungseinheiten durch Maßnahmen festgelegt werden. Die Maßnahmen regeln insbesondere:

- > Tag der Vornahme des Buchungsfalls,
- > Buchungsverfahren,
- > Bezeichnung und Anordnung der Posten des Einzelabschlusses und des konsolidierten Abschlusses, inhaltliche Abgrenzung dieser Posten des Jahresabschlusses,
- > Umfang der zur Veröffentlichung bestimmten Angaben aus dem Jahresabschluss,
- > Termine, Arten und Orte für die Vorlage des Jahresabschlusses und Jahresberichts,
- > inhaltliche Abgrenzung der Rechnungsbücher im System der doppelten Buchhaltung und im System der einfachen Buchhaltung,
- > Buchungsgrundsätze und -methoden, die die Bewertungsarten und deren Anwendung bestimmen,
- > Grundsätze für die Bildung und Abrechnung von Wertberichtigungen, Abschreibungen, für die Bildung und Verwendung von Rückstellungen,
- > Grundsätze für die Gliederung von Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten, Grundsätze für die Bildung von analytischen Konten,
- > Konsolidierungsmethoden und Verfahren.

Änderungen, die ab 1. Januar 2016 in Kraft treten:

1. Das Gesetz präzisiert grundlegende Begriffe, wie die Abgrenzung der Gruppe von Buchführungseinheiten, für die das Gesetz nach wie vor den Begriff Konsolidierungskreis verwendet, und zwar wegen der Geläufigkeit dieses Begriffs in der Praxis. In die Gruppe der Buchführungseinheiten gehören die Mutterbuchführungseinheit und alle Ihre Tochter-, assoziierte oder gemeinsame Buchführungseinheiten.
2. In das Gesetz wird die grundlegende Definition der Anteilsbeteiligung ergänzt – **unter einer Anteilsbeteiligung versteht man einen Anteil an dem gezeichneten Kapital einer anderen Buchführungseinheit in Höhe von mindestens 20 Prozent**, der gehalten wird, um eine dauerhafte Verbindung mit dieser anderen Buchführungseinheit zu bilden, damit diese Verbindung zu der Tätigkeit der Buchführungseinheit beiträgt.
3. Auch der Umfang der im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung des Zwischenabschlusses gewährten Informationen wird abgegrenzt. Der Zwischenabschluss wird aufgestellt, falls die Pflicht zur Erstellung eines Einzelabschlusses im Laufe der Buchungsperiode durch eine Sondervorschrift bestimmt wird. Er wird aufgestellt, falls die Tätigkeit der Buchführungseinheit zum Beispiel im Konkurs oder Liquidation eingeschränkt ist. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Angaben für den Zeitraum seit Beginn der Buchungsperiode bis zum Stichtag des Zwischenabschlusses ausgewiesen, und zwar für die unmittelbar vorgehende Buchungsperiode.
4. **Den Buchführungseinheiten, die der Pflicht zur Wirtschaftsprüfung unterliegen, wurde auch die Pflicht zur Erstellung eines Jahresberichtes auferlegt.** Im Anschluss an die Transposition von Kapitel 10 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates wird der Inhalt des Jahresberichts für ausgewählte Buchführungseinheiten um einen Sonderartikel erweitert, der sich mit der Darstellung von Informationen über Zahlungen an die Organe der Staatsgewalt befasst. **Der Jahresbericht der Buchführungseinheit muss ein getreues und wahrhaftes Bild wiedergeben und durch einen Wirtschaftsprüfer innerhalb eines Jahres nach dem Ende der Buchungsperiode geprüft werden.** Es ist erforderlich, dass der Wirtschaftsprüfer sein Urteil dazu abgibt, ob der Jahresbericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht, sein Urteil zu ausgewählten Informationen im Jahresbericht abgibt und falls der Wirtschaftsprüfer aufgrund der Kenntnisse über die Buchführungseinheit wesentliche Unstimmigkeiten in dem Jahresbericht feststellt, hat er den Charakter von jeder solchen wesentlichen Unstimmigkeit anzugeben.
5. **Man hat die Pflicht der Buchführungseinheiten zur Hinterlegung des festgestellten Jahresabschlusses im Register der Jahresabschlüsse innerhalb eines Jahres ab Bilanzstichtag ergänzt.**

Kontakt für weitere Informationen

Ján Beleš

Buchhalter, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: jan.beles@roedl.sk

Právo**> Nové procesné predpisy a Novela zákona o konkurze****Michal Kujan, Rödl & Partner Bratislava**

Ako sme Vás v našom júnovom Mandantnom liste informovali, NRSR zákonom č. 87/2015 Z. z. (novela) novelizovala Obchodný zákonník, pričom sa novelou zmenili a doplnili aj niektoré ďalšie zákony (najmä zákon o konkurze). Niektoré ustanovenia novely nadobudnú účinnosť počas roka 2015, niektoré 1.1.2016.

Zákon o konkurze a reštrukturalizácii

Novela upravuje nanovo, že pre prípad **porušenia povinnosti podať návrh na vyhlásenie konkurzu včas**, sa medzi spoločnosťou s ručením obmedzeným alebo akciovou spoločnosťou a osobou povinnou podať návrh na vyhlásenie konkurzu v jej mene dojednala zmluvná pokuta vo výške rovnajúcej sa polovici najnižšej hodnoty základného imania pre akciovú spoločnosť (**12 500 EUR**). Vzniku tohto nároku nebráni, ak je dlžník právnym nástupcom spoločnosti, ktorá bola zrušená bez likvidácie. Dohoda medzi spoločnosťou s ručením obmedzeným alebo akciovou spoločnosťou a osobou povinnou podať návrh na vyhlásenie konkurzu v jej mene, ktorá vylučuje alebo obmedzuje vznik nároku na zmluvnú pokutu, je zakázaná; spoločenská zmluva ani stanovky nemôžu obmedziť alebo vylúčiť vznik nároku na jej zaplatenie. Spoločnosť sa nemôže nároku na zaplatenie zmluvnej pokuty vzdať alebo uzatvoriť ohľadom tohto nároku dohodu o urovnaní; nepripúšťa sa započítanie, ani iný spôsob vyrovnania. Vznik nároku na zmluvnú pokutu sa nedotýka oprávnenia požadovať náhradu škody presahujúcu zmluvnú pokutu. Na tomto mieste je potrebné podotknúť, že nie sú vylúčené ani trestnoprávne následky, aj keď existujú rôzne právne názory na výklad príslušných ustanovení Trestného zákona.

Novela upravuje aj **možnosť zamestnancov podať návrh na konkurz**. Zákonodarcu upravil túto možnosť pravdepodobne s ohľadom na praktické skúsenosti z minulosti. Mi-

nimálne piati zamestnanci môžu v zmysle novely podať návrh na vyhlásenie konkurzu na svojho zamestnávateľa (majú pritom iné postavenia ako bežní veritelia – zjednodušený proces).

Novela čiastočne upravuje aj spornú problematiku ohľadne **leasingu**. Ako pozitívum (najmä pre leasingové spoločnosti) sa javí, že novela v súvislosti s leasingom aspoň zakotvuje možnosť veriteľa, prihlásiť si svoje práva obdobne ako zabezpečenú pohľadávku. Novela priniesla aj rozsiahlejšie zmeny ohľadne reštrukturalizácie, pričom zámerom novely bolo poskytnúť ochranu veriteľom.

Účelom novely ako celku bolo predovšetkým zvýšiť zodpovednosť pri podnikaní ako aj vyriešiť niektoré otázky spojené s konkurzom a reštrukturalizáciou. Zámer zákonodarcu (odhliadnuc od účelovosti novely v súvislosti s konkrétnou vecou) sa dá hodnotiť pozitívne, aj keď je potrebné dodať, že aj pred novelou mohli príslušné orgány využiť iné zákonné inštitúty. Čas ukáže, ako novela obstojí v praxi, a či príslušné orgány zmenia svoj postoj pri riešení úpadku dlžníka.

Nové procesné predpisy

Rekodifikácia Občianskeho súdneho poriadku je považovaná za jeden z najväčších právnych projektov v histórii samostatnej SR, pričom jej cieľom je zefektívnenie súdneho konania. Súbor právnych úprav vytvára predpoklady na priblíženie spravodlivosti občanom a na účinný boj proti súdnym prietahom. Dôraz sa kladie na zabezpečenie hospodárnosti a efektívnosti súdneho konania, jeho zrýchlenia a skvalitnenia.

Nové procesné predpisy nahradia a zrušia Občiansky súdny poriadok z roku 1963, ktorý síce počas takmer päťdesiatich rokov svojej účinnosti prešiel desiatkami novelizácií, ale na celkovú efektívnosť súdneho konania to bohužiaľ nemalo zásadný efekt.

Súčasný Občiansky súdny poriadok nahradia **tri** nové kódexy, pričom budú novelizované aj ďalšie súvisiace predpisy.

Jedným z nich je Civilný sporový poriadok, ktorý bude slúžiť na vymožitelnosť práva v bežných sporoch medzi občanmi, podnikateľmi a firmami. Podstatnou črtou bude dôsledné zavedenie systému takzvanej koncentrácie. Sudca v jej zmysle bude môcť stanoviť účastníkom konania povinnosť predložiť všetky dôkazy v určitej lehote, pričom na ďalšie dôkazy sa nebude prihliadať. Takéto opatrenie bude nútiť účastníkov konania k maximálne aktívnemu prístupu k sporu a výrazne sa zníži priestor pre obštrukcie. Ďalšie zmeny sa budú týkať napríklad opravných prostriedkov a elektronizácie doručovania písomností.

K zvyšovaniu kvality rozhodovania súdov prispievajú aj nové organizačné opatrenia (špecializácia sudcov a súdov) a predbežné prejednanie sporu (súd pred tým, ako začne konať, ozrejmi účastníkom, ktoré ich tvrdenia považuje za sporné a uvedie svoj predbežný názor na spor).

Dúfajme, že zmeny prinesú očakávané pozitíva a celkovo zlepšia vymožitelnosť práva na Slovensku.

Kontakt pre ďalšie informácie



Michal Kujan

advokát (SK) v spolupráci s Rödl & Partner
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-mail: michal.kujan@roedl.sk

Dane

> Daňový poriadok – návrh novely

Peter Alföldi, Petra Levková, Rödl & Partner Bratislava

V súvislosti s pripravovanou vládou novelou zákona č. 563/2009 Z.z. o správe daní (**Daňový poriadok**), ktorá je momentálne na prerokovaní vo výboroch Národnej rady SR, by sme Vás radi informovali o najvýznamnejších zmenách pri vyrubovaní sankcií, ktoré by v prípade schválenia mali platiť **od 1. januára 2016**.

Možnosť podania dodatočného daňového priznania aj počas daňovej kontroly

Daňový poriadok v súčasnosti neumožňuje podať dodatočné daňové priznanie za obdobie, za ktoré sa vykonáva daňová kontrola. Novela zákona pripúšťa možnosť podania **dodatočného daňového priznania v lehote 15 dní** po spísaní zápisnice o začatí daňovej kontroly alebo po doručení oznámenia o daňovej kontrole. Cieľom tejto úpravy je motivovať daňové subjekty, aby aj po začatí kontroly sami iniciovali úpravu výšky svojej daňovej povinnosti, keďže zvýšenie dane v dodatočnom daňovom priznaní bude sankcionované nižšou pokutou než daň dorubená na základe výsledkov kontroly.

Výška pokút za dodatočne vyrubené daň bude zohľadňovať časové hľadisko

Po novele zákona by mala byť súčasná fixná výška pokút odstupňovaná v závislosti od momentu vyrubenia dodatočnej dane tak, aby v prípade neskoršie vyrubenej dane bola uložená vyššia sankcia.

Aktuálne pravidlá na vyrubovanie pokút v Daňovom poriadku sú stanovené vo výške **pevnej sumy** 3-násobku (minimálne 10 %) prípadne 1,5-násobku (minimálne 5 %)

základnej úrokovej sadzby Európskej centrálnej banky (ECB) v nadväznosti na skutočnosť, či daň vyrubil správca dane na základe daňovej kontroly alebo je pokuta vyrubená z titulu podania dodatočného daňového priznania.

Od 1. januára 2016 by sa mali pokuty zmeniť a doplniť o časový prvok – stanovenie sadzby pre pokutu formou **per annum**:

- > V prípade podania **dodatočného daňového priznania**, ktorým si daňové subjekty priznajú vyššiu výšku dane, sa navrhuje uložiť pokutu vo výške základnej úrokovej sadzby ECB (**najmenej však 3 % ročne**). Uvedená pokuta sa uloží v prípade, ak dodatočné daňové priznanie bolo podané **do doručenia oznámenia** o začatí daňovej kontroly.
- > Pri podaní **dodatočného daňového priznania do 15 dní po doručení** uvedeného **oznámenia** o začatí daňovej kontroly sa navrhuje počítat pokutu vo výške dvojnásobku základnej úrokovej sadzby ECB (**najmenej však 7 % ročne**).
- > Ak správca dane vyrubí daň na základe výsledkov **daňovej kontroly**, pokuta bude vypočítaná z 3-násobku základnej úrokovej sadzby ECB (**najmenej 10 % ročne**).

Pokuta sa počíta za každý deň odo dňa nasledujúceho po dni uplynutia lehoty na podanie daňového priznania alebo po dni splatnosti dane až do dňa podania dodatočného daňového priznania alebo do uplynutia 15-dňovej lehoty na podanie dodatočného daňového priznania po spísaní zápisnice o začatí daňovej kontroly alebo doručení oznámenia o daňovej kontrole.

Vyššie uvedené pokuty by mali byť uložené najviac do výšky vyrubenej dane.

Úhrnná pokuta

Navrhovanou úpravou sa do daňového poriadku zavádza tzv. absorpčná zásada pri ukladaní pokút, t.j. v prípade viac ako jedného správneho deliktu sa vyrubí len jedna pokuta. Podmienkou aplikácie je skutočnosť, že sa osoba dopustila **viacerých správnych deliktov** v rámci **jedného zákona**, pričom na uloženie úhrnnej pokuty je príslušný **ten istý správca dane** (t.j. daňový úrad, colný úrad alebo obec). Správca dane je tak oprávnený uložiť úhrnnú pokutu s najvyššou hornou hranicou sadzby pokuty, a správca dane zároveň uloží pokutu najmenej vo výške najvyššej dolnej hranice sadzby pokuty.

Prechodné ustanovenia k zmenám v oblasti pokút

Ak k podaniu dodatočného daňového priznania, k spísaniu zápisnice o začatí daňovej kontroly alebo k doručení oznámenia o daňovej kontrole dôjde do 31. decembra 2015, bude sa pri ukladaní pokuty postupovať podľa zákona v znení účinnom do 31. decembra 2015.

Kontakt pre ďalšie informácie



Peter Alföldi

daňový poradca, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Ekonomika

> Zmeny v Zákone o účtovníctve

Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Zákon č. 130 zo 6. mája 2015 mení a dopĺňa zákon č. 431/2002 Z. z. o účtovníctve v znení neskorších predpisov. Časť ustanovení tohto zákona nadobudla účinnosť dňa 1. júla 2015, niektoré ustanovenia nadobúdajú účinnosť dňa 1. januára 2016, resp. 1. januára 2017. Cieľom tejto novely je naplnenie povinnosti SR, ako členského štátu Európskej únie, zapracovať ustanovenia smernice Európskeho parlamentu a Rady 2013/34/EÚ o ročných účtovných závierkach, konsolidovaných účtovných závierkach a súvisiacich správach určitých druhov podnikov do našej právnej úpravy účtovníctva.

Zmeny, ktoré nadobudli účinnosť od 1. júla 2015:

1. Spresňujú sa pravidlá začlenenia účtovných jednotiek do veľkostných skupín. Účtovná jednotka, pri ktorej nie je možné jednoznačne identifikovať splnenie podmienok na zatriedenie do veľkostnej skupiny (mikro účtovná jednotka, malá účtovná jednotka, veľká účtovná jednotka), sa zatriedi ako malá účtovná jednotka. Súčasne sa určuje, že účtovná jednotka nemení svoje zatriedenie do veľkostnej skupiny po vstupe do likvidácie alebo konkurzu.

Novovzniknutá účtovná jednotka sa zatriedi do veľkostnej skupiny na základe vlastného rozhodnutia a zostáva v tejto veľkostnej skupine aj v bezprostredne nasledujúcom účtovnom období.

Podrobnejšie informácie ohľadne členenia účtovných jednotiek podľa veľkostných kritérií nájdete v našom júlovom Mandantnom liste (http://www.roedl.com/sk/sk/publikacie/mandantny_list.html).

2. Zákonná úprava určila pravidlá o účtovnom zápise. Úvádza sa, že **účtovná jednotka nemôže vykonávať účtovné zápisy mimo účtovných kníh, vykonávať účtovný zápis o účtovnom prípade, ktorý jej nevznikol, zároveň nemôže zatajovať a nezaúčtovať skutočnosť, ktorá je predmetom účtovníctva.**

Ak účtovná jednotka toto ustanovenie poruší, dopúšťa sa správneho deliktu, za ktorý jej daňový úrad v prípade zistenia uloží pokutu až do výšky 3 000 000 EUR. Horná hranica pokuty sa takto zvyšuje z predchádzajúcich 1 000 000 EUR.

3. V priebehu roka 2014 sa zmenili vzory účtovných závierok tak, že všetky výkazy – súčasti účtovnej závierky tvoria jeden celok a podpisy sa k nim nepripájajú osobitne. Každá zostavená účtovná závierka musí byť podpísaná osobou ustanovenou v § 17 ods. 2 písm. g) zákona. To znamená, že k závierke sa **pripojí podpisový záznam štatutárneho orgánu účtovnej jednotky alebo člena štatutárneho orgánu účtovnej jednotky alebo podpisový záznam fyzickej osoby.** Samotný deň zostavenia účtovnej závierky si určuje účtovná jednotka vo svojich vnútorných predpisoch. Do dňa zostavenia účtovnej závierky sa zohľadňujú všetky informácie, týkajúce sa stavu ku dňu, ku ktorému zostavuje účtovná závierka.

Účtovná jednotka je povinná zostaviť účtovnú závierku do šiestich mesiacov odo dňa, ku ktorému ju zostavuje. Osobitné predpisy môžu požadovať aj skoršie zostavenie účtovnej závierky, napr. zákon o dani z príjmov. Preto by sa mal deň zostavenia účtovnej závierky určiť v týchto súvislostiach.

4. Novelou zákona o účtovníctve **bola upravená aj výška pokuty** za nezostavenie individuálnej účtovnej závierky (riadnej, mimoriadnej aj priebežnej) a konsolidovanej účtovnej závierky. **Horná hranica sa zvýšila z doterajších 1 000 000 EUR na 3 000 000 EUR.** Tá istá horná hranica pokuty sa bude uplatňovať aj pre správny delikt nevedenia účtovníctva v čase, keď je účtovná jednotka povinná viesť účtovníctvo s účinnosťou od 1. júla 2015. Nové správne delikty a zvýšené hranice pokút sa použijú v prípade konaní začatých po 30.6.2015.

V tejto súvislosti chceme upozorniť aj na platnosť nasledujúcich povinností:

Účtovná jednotka je povinná viesť účtovníctvo a zostaviť účtovnú závierku v štátnom jazyku. Účtovný doklad vyhotovený v inom ako štátnom jazyku musí spĺňať podmienku zrozumiteľnosti podľa § 8 ods. 5.

Účtovníctvo sa vedie v súlade s postupmi účtovania, ktoré na základe § 4 ods. 2 ustanovuje MF SR opatreniami pre jednotlivé skupiny účtovných jednotiek. Opatreniami sú upravené najmä:

- > deň uskutočnenia účtovného prípadu,
- > postupy účtovania,
- > označovanie a usporiadanie položiek individuálnej účtovnej závierky a konsolidovanej účtovnej závierky, obsahové vymedzenie týchto položiek účtovnej závierky,
- > rozsah údajov z účtovnej závierky určených na zverejnenie,
- > termíny, spôsoby a miesta predkladania účtovnej závierky a výročnej správy,
- > obsahové vymedzenie účtovných kníh v sústave po dvojného účtovníctva a v sústave jednoduchého účtovníctva,
- > účtovné zásady a účtovné metódy určujúce spôsoby oceňovania a ich použitia,
- > zásady pre tvorbu a zúčtovanie opravných položiek, odpisovania, pre tvorbu a použitie rezerv,
- > zásady pre členenie majetku a záväzkov, zásady pre vytváranie analytických účtov,
- > metódy a postupy konsolidácie.

Zmeny, ktoré nadobúdajú účinnosť od 1. januára 2016:

1. Zákomom sa upresňujú základné pojmy ako je vymedzenie skupiny účtovných jednotiek, pre ktorú zákon z dôvodu zaužívania tohto pojmu v praxi naďalej používa pojem konsolidovaný celok. Do skupiny účtovných jednotiek patrí materská účtovná jednotka a všetky jej dcérske, pridružené či spoločné účtovné jednotky.
2. Do zákona sa dopĺňa základná definícia podielovej účasti – **podielovou účasťou sa rozumie aspoň dvadsaťpercentný podiel na základnom imaní v inej účtovnej jednotke**, ktorý je držaný, aby tvoril trvalé prepojenie s touto inou účtovnou jednotkou na účel, aby toto prepojenie prispelo k činnosti účtovnej jednotky.
3. Vymedzuje sa tiež rozsah informácií poskytovaných vo výkaze ziskov a strát priebežnej účtovnej závierky. Priebežná účtovná závierka sa zostavuje, ak osobitný predpis ustanovuje povinnosť zostaviť individuálnu účtovnú závierku v priebehu účtovného obdobia. Zostavuje sa, ak je činnosť účtovnej jednotky obmedzená napríklad v konkurze alebo v likvidácii. Vo výkaze ziskov a strát sa vykazujú údaje za obdobie od začiatku účtovného obdobia do dňa, ku ktorému sa zostavuje priebežná účtovná závierka a za bezprostredne predchádzajúce účtovné obdobie.
4. **Účtovným jednotkám, ktoré majú povinnosť auditu, je uložená aj povinnosť vyhotovovať výročnú správu.** Nadväzne na transpozíciu kapitoly 10 Smernice Európskeho parlamentu a Rady 2013/34/EÚ sa rozširuje obsah výročnej správy pre vybrané účtovné jednotky o osobitnú časť, ktorá sa zaoberá vykazovaním informácií o platbách orgánom verejnej moci. **Výročná správa účtovnej jednotky musí poskytovať verný a pravdivý obraz a musí byť overená auditorom do jedného roka od skončenia účtovného obdo-**

bia. Vyžaduje sa, aby audítor vyjadril názor, či je výročná správa v súlade s účtovnou závierkou, vyjadril názor na vybrané informácie vo výročnej správe a v prípade, ak audítor zistí na základe poznatkov o účtovnej jednotke významné nesprávnosti vo výročnej správe, musí uviesť charakter každej takejto významnej nesprávnosti.

- 5. Dopĺňa sa povinnosť účtovných jednotiek, aby mali schválenú účtovnú závierku uloženú v registri účtovných závierok do jedného roka odo dňa, ku ktorému sa účtovná závierka zostavuje.**

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Beleš

účtovník, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: jan.beles@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znážorňujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (sila, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum

Mandantenbrief, Ausgabe September 2015
Mandantný list, vydanie september 2015

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/ Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Dane

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Ekonomika

Ján Beleš – jan.beles@roedl.sk

Layout/Satz:

Rödl & Partner
Angelika Gál – angelika.gal@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.